



Seitenschriften übernommen werden in Breslau 2 Thlr. außerhalb incl.
Post 2 Thlr. 15 Sgr. — Posten Gebühr für den Raum einer
fünfzig Seiten in Preußisch 5 Sgr.

Nr. 541. Mittag-Ausgabe.

Dreiundfünfziger Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Montag, den 18. November 1872.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

3. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (16. Novbr.)

1½ Uhr. Am Ministerialer Graf zu Eulenburg.

Nachdem Präsident v. Forckenbeck das bereits bekannte Resultat der Schriftführerswahl verlauten und die Niederlegung der Mandate seitens der Abgeordneten Hoffmann (Tüterbog) und Augler (Wiesbaden) mitgetheilt hat, erhält sofort das Wort der

Minister des Innern: Meine Herren! Zum dritten Male lege ich Ihnen den Entwurf einer Kreisordnung vor. Während der Berathung über den Entwurf im Abgeordnetenhaus hat sich überall ein Einverständniß mit der Regierung nicht herausgestellt. Die Regierung hat gegen manche Beschlüsse des Hauses Bedenken, hoffte aber zu einem ausgleichenden Resultate durch das Hinschreiben des Gesetzentwurfs von einem Haufe zum andern zu gelangen. Diese Hoffnung ist, wie Ihnen allen bekannt, nicht in Erfüllung gegangen. Es kommt jetzt darauf an, den Gesetzentwurf auf's Neue in Angriff zu nehmen, und es war Zeit für die Regierung, nun mit Bestimmtheit durch den neuen Entwurf klar zu legen, welche Beschlüsse des Abgeordnetenhauses ihr annehmbar erscheinen, welche nicht. Die Zahl derjenigen Beschlüsse, welche die Regierung geändert zu sehen wünscht, ist nicht groß, aber sie legt auf ihre Änderungsvorschläge um so größeren Werth. Motive habe ich dem Gesetzentwurf nicht beigegeben, weil ich nur hätte schreiben können, was doch eigentlich Ihnen allen bekannt ist. Ich darf mich deshalb wohl darauf beschränken, bei der Einbringung des Gesetzes auf diejenigen Hauptpunkte aufmerksam zu machen, welche in den seitherigen Entwurf eine Neuerung gegen die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses bringen. Ich folge dabei der Zahl der Paragraphen des neuen Entwurfs. Die §§ 17 und 18 handeln von der Besteitung von den Kreisabgaben. Das Abgeordnetenhaus wollte den Dienstwohnungen keine Befreiung zu Theil werden lassen und wollte auch das Diensteinkommen der Beamten und Geistlichen in demselben Maße zu den Kreisabgaben heranziehen, wie das Einkommen der übrigen Kreisangehörigen.

Dies wünscht die Regierung geändert; sie glaubt, daß die Kreisordnung nicht der Platz sei, um eine Steuerfrage, eine Frage von so weiter Bedeutung, gelegentlich hier zu entscheiden. Die Frage über Communal-Beteuerung taucht an allen Stellen auf und wird in einem nur dieses Thema berührenden Gesetzentwurf besser entschieden werden, als gelegentlich bei der Kreisordnung. Sie schlägt Ihnen deshalb vor als definitiv befreit, alle diejenigen aufzunehmen, über die eine Meinungsverschiedenheit zwischen den verschiedenen legislativen Körperschaften nicht existirt, in Bezug auf die Dienstgrundstücke und Beamten, die jetzt geltende Gesetzgebung auch in Bezug auf die Kreisverhältnisse bestehen zu lassen, jedoch mit Hinweisung auf eine spätere Regulirung dieser Frage im Allgemeinen. Der zweite Punkt ist die Bildung der Amtsbezirke. Was ein Amtsbezirk zu erfüllen haben soll, darüber sind die Regierung und Abgeordnetenhaus einer Meinung; das Abgeordnetenhaus aber hatte gesagt, als nähere Präzisierung des Begriffes eines Amtsbezirkes eine zugleich als Instruktion für die Ausführung des Gesetzes Zahlen in das Gesetz aufnehmen zu müssen, welche bei der Bildung der Amtsbezirke maßgebend sein sollten. Sowohl wenn es sich darum handelt, eine einzelne Gemeinde zu einem Amt zu machen, als auch namentlich, wenn der Amtsbeirat aus mehreren Gemeinden und Gutsbezirken zusammengesetzt werden soll. Diesen Zahlen war eine Menge von Vorbehaltan in der Art beigelegt, daß gesagt war, es sollten nur im Allgemeinen Normalbestimmungen sein, es sei aber gestattet, unten den und den Umständen von diesen Regeln abzuweichen. Die Regierung ist der Ansicht, daß eine solche Instruktion, die zudem noch an der Stelle, wo sie hier gegeben ist, mit einer Menge Cautionen und Ausnahmen umgeben ist, nicht wohl in das Gesetz gehört, sondern daß den Anhalt für die Ausführbarkeit des Gesetzes schon die Bestimmungen der Paragraphen enthalten, welche überhaupt über den Begriff des Amtsbezirks, seine Bedeutung und seine Aufgabe handeln. Rechnet man hinzu, daß gerade diese Zahlenbestimmungen in vielen Kreisen Befürworten und Befürworten namentlich für die Ausführung des Gesetzes, so ist die Regierung zu dem Entschluß gekommen, diese Zahlenbestimmungen fortzulassen.

Der dritte Punkt ist die Ernennung des Amtsvertreters. Sie erinnern sich, daß darüber Einverständniß herrschte, daß der Amtsvertreter ernannt werden sollte, und es kam nur darauf an, aus welchem Kreise der selbe genommen werden sollte. Die Vorschläge des Abgeordnetenhauses gingen dahin, daß der Kreistag eine Liste der zum Amt befähigten vorlegen sollte und daß der Oberpräsident gehalten sei, aus dieser Liste seine Ernennungen vorzunehmen. Es sind Bedenken darüber aufgetreten, ob es nicht vorkommen könnte, daß ein Kreistag aus irgend einer falschen Auffassung Personen aus dieser Liste wegliegt, welche zu dem Amt eines Vertreters durchaus befähigt seien, und daß es dadurch unmöglich sei, die Ernennung eines durchaus befähigten vorzunehmen, eben weil sich der Name in der Liste nicht finde. Die verschiedenen Vorschläge, welche gemacht worden sind, um diesem Mangel der Bestimmungen abzuheben, haben die Regierung dahin geführt, Ihnen vorzuschlagen, ihnen hier in dem Gesetze auszusprednen, daß solche Abfälle notwendig sei, die Form der Abfälle aber dem künftigen Provinzialgesetz, der Provinzial-Ordnung, vorzubehalten.

Der vierte Punkt ist der Erlass von Polizeiverordnungen seitens der Amtsvertreter. Sie handelt sich um die Frage, ob derselbe verpflichtet sein solle, die Zustimmung des Amtsausschusses zur Grundlage des Erlasses einer Polizeiverordnung zu machen, oder ob er nur verpflichtet sein solle, den Amtsausschuß zu hören. Das Abgeordnetenhaus legte einen besonderen Werth darauf, die Zustimmung des Amtsausschusses für obligatorisch zu erklären. Das Bedenken dagegen basirte darauf, daß möglicherweise diejenigen Personen, welche den Amtsausschuss bildeten, oft nicht sehr geneigt sein würden, zu einem Erlass einer Polizeiverordnung zu stimmen, weil sie mehr oder weniger davon selbst betroffen würden und es würde nach einem Auskunftsmitteilung gefehlt, um eine solche Zustimmung des Amtsausschusses in den dazu geeigneten Fällen zu brechen.

Die Regierung schlägt Ihnen vor, eine Gesetzbestimmung aufzunehmen, welche sagt, daß, wenn der Amtsausschuss die Zustimmung verleiht, dieselbe auf Erlass des Amtsvertreters durch den Kreisausschuß ergänzt werden kann. Der fünfte und der wichtigste Punkt betrifft die Zusammenfassung des Kreistages. Was in dieser Beziehung die Regierung Ihnen vorschlägt, ist, daß das Abgeordnetenhaus beschlossen hat, ist bekannt. Sieger die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses sind von vielen Seiten — glaube auch seitens des Abgeordnetenhauses selbst — Bedenken laut geworden. Darüber war alle Welt einig, daß man in den Stand der großen Grundbesitzer diejenigen Personen bringen sollte, welche wirklich nach dem allgemeinen Begriffe und nach der Stellung innerhalb ihres Kreises den Namen eines Großbesitzers verdienen; und daß es nicht die Absicht sein könne, den Großgrundbesitzerstand durch Elemente zu vermehren, die absolut nicht hineingehören, ebenso wie es auf der andern Seite nicht die Absicht war, den Stand der kleineren ländlichen Grundbesitzer zu schwächen dadurch, daß man ihm Elemente der Intelligenz entziehe. Die Regierung ist nicht der Ansicht, daß die Bestimmung, welche das Abgeordnetenhaus aufgenommen hat, diesen Absichten hinlänglich Rechnung trage, und glaubt Ihnen einen Vermittelungsvorschlag machen zu dürfen.

Sie schlägt nämlich vor, zwar nicht auf die Regierungsvorlage zurückzugeben, aber folgende Bestimmung anzunehmen: „Der Wahlverband der größeren ländlichen Grundbesitzer besteht aus allen denjenigen zur Wahlung von Kreisabgaben verpflichteten Grundbesitzern, mit Einschluß der juristischen Personen, Aktiengesellschaften und Commanditgesellschaften auf Aktien, welche von ihrem gesammt auf dem platten Lande innerhalb des Kreises belebten Grundbesitzentrum den Betrag von mindestens 75 Thlr. an Grund- und Gebäudesteuern entrichten, beziehungsweise zu entrichten haben würden, wenn sie nach Maßgabe der Gesetze vom 21. Mai 1861 zur Grund- beziehungsweise Gebäudesteuer veranlagt werden. Nach Erlass der Provinzialordnung ist ibt den Provinzialvertretungen überlassen, für ihre Provinz oder auch für einzelne Kreise derselben den Betrag von 75 Thlr. auf den Betrag von 100 Thlr. zu erhöhen, der bis auf den Betrag von 50 Thlr. zu ermäßigen. Für einzelne Kreise der Provinz Sachsen darf diese Erhöhung bis zu dem Betrage von 150 Thlr. erfolgen. Dem Wahlverband der größeren ländlichen Grundbesitzer treten diejenigen Gewerbetreibenden und

Bergwerksbesitzer hinzu, welche wegen ihrer auf dem platten Lande innerhalb des Kreises betriebenen gewerblichen Unternehmungen in die Klasse Al der Gewerbesteuer mit dem Mittelsatz veranlagt sind.“ Als Correlat hierzu ist noch eine Übergangsbestimmung in den Gesetzentwurf aufgenommen, welche die Veranlagung darin hat, daß, wie bekannt ist, die Grundsteuerverhältnisse in Neuborpommern ganz besonders abweichend sind von den Uebrigen.

Es ist nämlich in dem § 183 gesagt: „Bis zu einer anderweitigen Beschlusssitzung der Provinzialvertretungen tritt an die Stelle des in § 86 festgestellten Betrages von 75 Thlr. Grund- und Gebäudesteuer für die Kreise der Provinz Sachsen der Betrag von 100 Thlr. und für die Kreise des Regierungsbezirks Stralsund der Betrag von 250 Thlrn. Diese Sätze basiren auf statistischen Erhebungen, die über die Zweckmäßigkeit derselben, wenn Sie der Prüfung näher unterziehen wollen, keinen Zweifel lassen. Nun gibt es noch andere Punkte, die ich aber hier nicht näher berühre und die von keiner besondern Tragweite sind. Worauf es jetzt ankommt, das ist ein vollständiges Einverständniß zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhaus. Von welcher Bedeutung es sein muß, wenn eben zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhaus über jeden Paragraphen des weittragenden Gesetzes ein Einverständniß zu Stande kommt, das braucht nicht näher auszuführen; die Regierung hat gegeben, was sie kann und sie fordert jetzt, was sie muß. Ihnen Sie nun das Dritte. Ich gebe mich nicht blos der Hoffnung, ich gebe mich der festen Zuversicht hin, daß das Abgeordnetenhaus die Lage verstehen und wirklich Hand in Hand mit der Regierung einem Gesetzentwurf von so enormer Bedeutung die Wege bahnen wird.“

Der Minister des Innern legt ferner einen Gesetzentwurf vor, welcher die Dotations der Provinzialverbände betrifft. Wie der Staatshaushalt in dieser Beziehung steht, ist bekannt. Es kommt jetzt darauf an, die Summen, welche dort vorläufig in Aussicht genommen sind, gelegentlich festzustellen und festzulegen, und die Regierung schlägt vor, ein Gesetz zu genehmigen, durch welches eine Summe von jährlich 3 Millionen Thaler zur Verfügung gestellt wird, erstmals um die Provinzialverbände derjenigen Provinzen, die bisher mit Fonds noch nicht dotirt sind, das wäre also Preußen, Brandenburg, Pommern, Westfalen, Sachsen, Schleswig-Holstein, Westphalen, die Rheinprovinz und der Stadtkreis Frankfurt a. M. und die hohenlohischen Lande mit Fonds zur Selbstverwaltung auszustatten, und zweitens, und sowohl diese Verbände als den Provinzialverband von Hannover und die Communalverbände von Kassel und Wiesbaden in Stand zu setzen, die zur Durchführung der Kreisordnung, wenn sie nach Maßgabe dessen, was für die 6 östlichen Provinzen zu Stande kommen soll, auch eine Kreisordnung erhalten, die dazu erforderlichen Beihilfen zu gewähren. Die Vertheilung der Summen auf die einzelnen Provinzen muß späterer Feststellung vorbehalten werden und ist in diesem Gesetz nicht vorgenommen. Vorschlägen wird überhaupt nur, zu sagen, daß 3 Millionen Thaler zu dem eben genannten Bebauung überwiezen werden und daß dieselben bei der Generalschaft verwalten werden sollen und beginnen bis zu dem Augenblide, wo ihre wirkliche Verwendung in Wirklichkeit treten kann. Darunter ist namentlich zu verstehen, wenn die Provinzialvertretungen derartig organisiert sind, wie sie nach der Kreisordnung organisiert werden müssen. Die Überweisung fernerer Mittel wird in dem § 3 des Gesetzentwurfs vorbehalten, soweit nämlich eine gewisse Ablösung derjenigen Lasten, die jetzt auf der Staatsfazie ruhen, an die Provinzen wird stattfinden können. Es kann sich diese Ablösung wohl bis zur Höhe von 2½ Millionen steigern, wenn die Wege lasten, die jetzt auf der Staatsfazie ruhen, an die Provinz verantreten werden.

Die zunächst gewählten Fachcommissionen haben sich heute constituiert:

I. Die Petition-Commission: Gneiß (Vorl.), Brin, Hohenlohe (Stellvertreter), v. Liebermann und Dr. Witte (Schriftführer).

II. Die Commission für Geschäftsordnung: Wachler (Breslau), v. Denzin, Wachler (Oels), Lauenstein.

III. Die Budget-Commission: v. Benuigsen (Vorsitzender), v. Gottberg (Stellvertreter), Ritter, Karsten, v. Portius, Bernaros (Schriftführer), Richter, Lasker, Birckow, Graf Winzingerode, v. Kardorff, v. Wedel (Vorstand), Elster von Gronow, Graf Limburg-Stralen, Glaser, Szuldrzynski, v. Hörmann, v. Benda, Miquel, Kleckle, v. Brauditsch und Hahn.

Der Präsident zeigte ferner an, daß vom Finanzminister folgende Gesetzentwürfe eingegangen sind: Die allgemeinen Rechnungen über den Staatshaushalt-Statat der Jahre 1868 und 1869 nebst Anlagen, Bericht und den Bemerkungen der Ober-Rechnungskammer, so wie die Rechnungen der Rentamt der Staatschäfes für die nächsten Jahre; die Übersicht der Staatsausgaben und Einnahmen des Jahres 1871 nebst Denkschrift und Motiven für das Staatsüberschreitungen und außerstaatlichen gesetzähnlichen Ausgaben; das Staatshaushaltsgesetz für 1873; Gesetzentwurf betr. die Erbschaftssteuer; einen Gesetzentwurf, der die Ausführung der §§ 3 und 4 des Gesetzes bezüglich der Aufhebung des Staatschäfes und die Ausführung des Gesetzes über Verwendung der der Staatsfazie im Jahre 1872 auf Zoll- und Steuerkredit zufügenden einmaligen Einnahmen; Rechenschaftsbericht über die weitere Ausführung der Consolidation preußischer Staatsanleihen; Gesetzentwurf betr. die Aufhebung des in der Provinz Hannover bestehenden Verlaufs-, Naher- und Rettungstreis und betr. die Verpflichtung zum Halten der Gesetzmässigung und der Amtsblätter.

Bon den Abg. Reichenberger und v. Mallinckrodt sind folgende zwei Anträge eingekragt worden:

I) Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen der königl. Staatsregierung gegenüber auszusprechen, daß das Rekript des Herrn Ministers der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten vom 15. Juni d. J. betr. die Ausschließung der Mitglieder geistlicher Congregationen oder Orden von der Lehrtätigkeit an öffentlichen Volksschulen mit den Bestimmungen der Verfassung-Urkunde vom 31. Januar 1850 Art. 4 unvereinbar sei. (Rote: Obo)

2) Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen die Erwartung auszusprechen, daß die königl. Staatsregierung unter Abänderung des Erlasses des Cultusministers v. Müller vom 29. Juni 1871 anordnen werde, daß der römisch-katholische Religions-Unterricht auf dem Gymnasium zu Braunsberg nicht durch einen aus dem römisch-katholischen Kirchenverbande canonisch ausgeschlossenen Religionslehrer ausgeübt werden könne; ferner soll Niemand gezwungen werden, seine Kinder an diesem Unterricht teilzunehmen zu lassen. Endlich soll baldmöglichst für die Anstellung eines, seitens des Bischofs anerkannten Religionslehrers an dem sistematisch katholischen Gymnasium zu Braunsberg gesorgt werden.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt. Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung auf Dienstag 11 Uhr und auf ihre Tagesordnung die erste Lesung der Kreisordnung zu legen, deren Entwurf noch heute Abend bertheilt werden soll. Abg. v. Denzin schlägt dazu den Mittwoch vor, damit man Zeit habe, den Entwurf ordentlich durchzulesen, oder bei der Wichtigkeit der Sache noch besser den Donnerstag. Abg. v. Hennig: Es kommt bei der Kreisordnung jetzt nur noch auf wenige einzelne Punkte an, welche der Minister des Januari heute als abweichend von unseren früheren Beschlüssen erwähnt hat. Bis Dienstag kann man den Entwurf sehr wohl lesen und begreifen. Abg. v. Mallinckrodt: Bei der Lage, in der sich die Berathung der Kreisordnung befindet, fällt das Hauptgewicht auf die erste Lesung, denn es wird sich wesentlich um eine Wiedergabe der allgemeinen Situation handeln, nicht um einige wenige Paragraphen. Das Gesetz ist an Paragraphen sehr reich und nicht wenige Fraktionen dieses Hauses sind nicht in den bevorzugten Lage gewesen, durch Beziehungen zu der Staatsregierung in außerhalb dieses Hauses sich darüber vorbereitet zu orientieren, was die königliche Staatsregierung denn nun zu ändern oder nicht zu ändern beabsichtigt. (Zustimmung rechts und im Centrum.) Es ist bekanntlich von anderen Fraktionen dieses Hauses schon jetzt vor Einbringung des Gesetzes darüber Berathung gepflogen worden, wie man sich zu den von der Regierung vorgeschlagenen Änderungen stellen werde. Ja, das Alles sind Vorlaube, die es den Herren außerordentlich leicht machen werden, nach Verlauf weniger Tage, vielleicht schon morgen, in die Berathung einzutreten, aber gegenüber den anderen Fraktionen würde es durchaus ungünstig sein, die Berathung zu beeilen und darum unterschlägt ich den Vorschlag des Herrn von Denzin.

Abg. v. Denzin verlangt die nächste Zeit, um den Entwurf in seiner jehigen Gestalt gründlich kennen zu lernen. Abg. Lasker: Handelt es sich darum, ob wir den Gegenstand Dienstag oder Mittwoch auf die Tagesordnung legen sollen, so wäre darüber nicht viel zu sagen; der Abg. v. Mallinckrodt hat aber diesem Vorschlag einen Beifall gegeben, den ich von vornherein zurückweisen möchte. Es ist wahr, daß diejenigen Freunde, welche bei der ersten Berathung die Kreisordnung gefordert haben, gefragt worden sind, in welcher Weise das Gesetz am besten zu Stande gebracht werden könne; daß man sich nicht an die Gegner gewendet hat, das ist eine einfache politische Regel. Man soll nicht glauben machen, daß irgend welche Heimlichkeiten vorgegangen sind. Daß man aber nicht diejenigen befragt hat, welche auf Schrift und Tritt diesen Reformen Schwierigkeiten bereitet haben, wird man doch Niemand ablehnen wollen. (Zustimmung links) Wenn unsere vorbereitenden Schritte wirklich den Erfolg haben sollen, ehemalige Gegner uns zu folgen, so würden wir alldings sein. Wir haben aber Vorbereitungen getroffen, daß, wenn dies auch nicht geschieht, die Durchführung der Reform gesichert ist. Dies Geheimnis, meine Herren, sei hier vor dem ganzen Lande proklamirt und nicht in zweideutigen Worten verbüllt. (Zustimmung links) Abg. Mallinckrodt: Ich habe vorhin noch durchaus keinen Tadel ausgesprochen, sondern nur Thatsachen hergehoben, und auf den Vorzug hingewiesen, dessen sich gewisse Seiten des Hauses erfreuen. Wenn es aber noch nothwendig sein sollte, in eine Wiedergabe dieser Thatsache einzugeben, dann bin ich auch vollständig bereit, einen Tadel auszusprechen. Denn ich halte es durchaus nicht in der Ordnung, daß die Geschäfte des Landes, statt in der Landesvertretung, hinter den Vorhängen der Landesvertretung behandelt werden. (Sehr wahre Rechts.)

Abg. Lasker: Gerade diesen Tadel wollte ich zurückweisen, denn er hatte bereits gestellt in den Worten des Vorredners gelegen. Der offen ausgesprochene Tadel ist mir aber immer lieber als der verdeckte, und ich erkläre in Bezug auf diese Sache ein für allemal, die Geschäfte des Landes sind nicht hinter den Vorhängen verdeckt worden, Herr v. Mallinckrodt hat Kenntnis von allen diesen Dingen lediglich, weil er die Kunst versteht, Zeichnungen zu lesen, denn dort hat alles gestanden. Die Angabe, es seien fractionsweise Personen hinzugezogen worden, ist unrichtig. Nicht nach Fractionen hat die Berathung stattgefunden, sondern lediglich nach Altsicht auf die Mitglieder der verschiedenen Fractionen, welche der Reform günstig waren. Ich wiederhole nochmals, daß Politiker gegen ihr eigenes Interesse und somit zum Schaden des Landes handeln würden, wenn sie solche Versprechungen über Reformen mit den Gegnern dieser Reformen verabreden würden. (Zustimmung links)

Abg. v. Mallinckrodt: Wenn der Abg. Lasker mich auf die Zeitungsschrift verweist, dann erlaube ich mir aus diesem Schatz der Zeitungen einen Artikel herzuholen, wonach die Fraction der Nationalliberalen auf den Vortrag des Abg. Lasker einstimmig Beschlüsse in Bezug auf die Kreisordnung gesetzt hat. Was im Uebrigen die fractionsweise Zugehörung angeht, so ist das, was der Abg. Lasker ansieht, eben nicht richtig. Denn ich wäre in der Lage, ihm eine Fraction zu bezeichnen, deren Vertreter zum Theil für die Kreisordnung gekümmert haben, die aber gleichwohl mutmaßlich, weil sie Mitglieder dieser Fraction sind, nicht hinzugezogen wurden.

Der Präsident zieht darauf seinen Vorhang zurück und das Haus entscheidet sich für Mittwoch. — Von ferneren Commissionen sollen noch nach Mittheilung des Präsidenten die Agrar-, Gemeinde- und Unterrichts-Commission gewählt werden.

Schluss 2½ Uhr; nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Erste Berathung der Kreisordnung.)

Berlin, 16. November. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Ober-Bürgermeister Kleffel zu Tilsit den Roten Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Berg-Rath a. D. von Hindeldey, jetzt zu Weimar, dem Dozenten an der Gewerbe-Academie in Berlin, Dr. phil. Lessing, dem Steuermann-Ledigungs-Rath Kopp zu Bendorf, Kreis Coblenz, dem Steuer-Einnehmer von Martiz zu Soest und dem Steuer-Einnehmer Fischer zu Finsterwalde, Kreis Ludau, den Roten Adler-Orden dritter Klasse; dem Straf-Anhalts-Director von Bosse zu Lichtenburg, Kreis Torgau, den Königlichen Kronen-Orde dritter Klasse; dem Seminar-Lehrer, Pfarr-Director Hentschel zu Weisenfelde den Adler der Ritter des Königlichen Hausordens von Hohenlohe; dem Schultheiter und Küster Theissen zu Schuld, Kreis Adenau, den Adler der Inhaber derselben Ordens; sowie dem Forster a. D. Johann Niedrich zu Proskau, Kreis Oppeln, das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

[Se. Majestät der König] hat dem Betriebs-Director der Deut-Gleichen Eisenbahn, Regierungs- und Bau-Rath a. D. Lohse, zur Zeit in Hamburg, den Charakter als

land (Kremenski), Agathopolis (Nambanowski) trägt, — der von mehreren derselben nach dem 18. Juli 1870 gemachten Erklärungen, — des 3. Capitels der päpstlichen Constitution Pastor aeternus vom 18. Juli 1870, dessen Definition dem Papste die volle ordentliche und unmittelbare Gewalt über alle Kirchen, Hirten und Gläubigen beilegt, folglich keinen selbstständigen Episkopat kennt, — endlich im Hinblicke auf den Wortlaut des "Dogma" im 4. Capitel dieser Constitution, welches dem Papste die Unfehlbarkeit zuspricht und dessen Entscheidungen für irreformabel aus sich, nicht aber aus der Zustimmung der Kirche erklärt, — ist die im Absatz III. Ulinea 3 jener "Denkschrift" enthaltene Auseinandersetzung, welche von einem "dem Papste und den Bischöfen" aufstehenden, gegen Irrtum geschützten Lehramt spricht, in unlösbarem Widerspruch mit dem Wortlaut der Constitution vom 18. Juli 1870 stehend und nichts als ein Versuch, den Sinn und die Tragweite des neuen Dogma zu vertuschen, dem Volke Sand in die Augen zu streuen und die Regierungen auf Kosten der Wahrheit zu beruhigen.

2. Es fehlen uns die Worte, um ein Verfahren zu bezeichnen, welches jene 25 Unterzeichner dadurch einschlagen, daß sie zuerst das Dogma des 18. Juli 1870 vertheidigen und unmittelbar darauf die Annahme des Befreiens als Bedingung der Katholizität hinstellen. Die katholische Kirche hat niemals angenommen, Papst und Bischöfe könnten hinsichtlich des Glaubens und der Sitten andere Lehrentscheidungen treffen, denen der Katholik zu folgen habe, als solche, die, in der heil. Schrift und Tradition begründet, von Anfang der Kirche an konstanter Glaube gewesen sind.

3. Wir glauben heute, was die Kirche, nicht bloße päpstliche Decrete, bis zum 18. Juli 1870 zu glauben lehrte. Wir verwerfen die am 18. Juli 1870 aufgerichteten neuen Dogmen von dem Universalepiskopate und der Unfehlbarkeit des römischen Papstes mit allen und jeden Consequenzen, welche aus vor dem 18. Juli 1870 erlassenen blos päpstlichen Decreten im Sinne des 18. Juli stiehen und welche in Zukunft daraus gezogen werden können. Wir stehen in der katholischen Kirche, die von den Staaten anerkannt ist, während die Unterzeichner jener "Denkschrift" mit ihrem Anhange an Stelle dieser eine neue gesetzt haben.

4. Es ist Verleumdung und Unnachahmung, wenn Männer, die zum großen Theile Gewissen und Verstand dem Papste unterworfen haben, ihrem Glauben treu gebliebenen Priester als „abgespalten“ bezeichnen und von „Mefopier in sacrilegischer Weise“ reden; es ist empörend, unter den Unterzeichnern Namen zu finden, welche sich eines Glaubens mit dem jetzt Geschwätzigen noch lange nach dem 18. Juli 1870 mündlich und schriftlich bekannt haben.

5. Die Hauptungen der "Denkschrift" über die päpstliche Auffassung des Verhältnisses von Staat und Kirche enthalten im Hinblicke auf die bekannten zahlreichen Stuhlsprüche der Päpste von Gregor VII. bis auf den Syllabus Pius IX., auf die Theorien des päpstlichen Organs "Civilta cattolica", auf die Gingabe der Bischöfe vom 10. April 1870 an das "Vaticanicum Concilium", Unwahrheiten, die um so schwerer ins Gewicht fallen, als die Unterzeichner wissen müssen, daß die Souveränität des Papstes über alle menschliche Kreatur, die Ungültigkeit jedes vom Papste verworfenen Staatsgesetzes, die absolute Verpflichtung der Fürsten, dem Papste zu gehorchen, durch ihre Unterwerfung unter das Dogma des 18. Juli 1870 seitdem nach der eigenen am 10. April 1870 constatirten Erklärung für sie ein unabänderlicher Glaubenssatz ist.

Im October 1872.

Dr. v. Schulte, Professor der Rechte. Dr. Friedrich, Professor der Theologie. Dr. Neusch, Professor der Theologie. Dr. Michelis, Professor der Philosophie. Wölffling, Ober-Regierungsrath. Dr. Hasenclever, Sanitätsrath. Dr. Maassen, Professor der Rechte.

[Ihre Maj. die Kaiserin] wird schon gegen Ende d. M. aus Koblenz nach Berlin zurückkehren.

[Fürst Bismarck] ist von seiner jüngsten Erkrankung, einem rheumatischen Anfall, den er sich auf einer Jagd zugezogen, vollkommen wieder genesen. Wie man hört, ist die Rückkehr des Fürsten nach Berlin und zu seinen Geschäften gegen Weihnachten zu erwarten. Der Zusammittit des Bundesrates erfolgt, später als je seit seinem Bestehen, erst im künftigen Jahr. Bis dahin werden allerdings einige Plenar-Sitzungen der hier anwesenden Mitglieder stattfinden, diese jedoch nur der Abwicklung laufender Geschäfte gewidmet sein.

[Herr von Keudell] wird, wie man erfährt, nur kurze Zeit auf seinem Gesandtschaftsposten in Konstantinopel bleiben. Seine Ernennung wurde in diplomatischen Kreisen nur als ein Übergang zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt betrachtet, da Herr von Balan über kurz oder lang auf seinen Posten in Brüssel zurückkehren gedacht.

[Der preußische Staatschäf] hatte Ende 1870 1,619,101 Thlr. Bestand. Im Jahre 1871 kamen 33,062,936 Thlr. (darunter 30,000,000 Thlr. vom ehemaligen Norddeutschen Bunde zurückerstatteter Vorschuss) hinzu, wogegen 32,051,361 Thlr. (darunter 2,050,000 Thlr. Ueberschuss und 30,000,000 Thlr. in Gemäßigkeit des Gesetzes vom 18. December 1871 an die General-Staatskasse gezahlt) verausgabt wurden, so daß Ende 1871 2,630,676 Thlr. im Bestande blieben. Im Jahre 1872 waren bis zum 12. September 1,761,234 Thlr. hinzugetreten, aber die etatmäßigen Ueberschüsse von 3,300,000 Thlr. der General-Staatsklasse überwiesen worden, so daß noch 1,091,960 Thlr. im Bestande blieben. Hierzu werden bis zum Jahresabschluß mutmaßlich noch 941,067 Thlr. kommen, ferner 218,617 Thlr. einzuziehende Aktiv-Capitalien, 69,304 Thlr. Zinzen der Aktiv-Capitalien, 418,368 Thlr. aus dem Verlauf von Domänen und Forst, 777,545 Thlr. aus dem Verlauf von sonstigen Staatsgrundstücken, 947,166 Thlr. aus der Ablösung von Domänen und Forst, 5171 Thlr. aus der Ablösung anderer Prästationen und 30,000 Thlr. durch Einziehung von Ressortbeständen und Fonds, so daß für das Jahr 1873 rund 4,500,000 Thlr. Einnahmen, 1,200,000 Thlr. mehr als pro 1872, aus dem Staatschäf zu erwarten sind, die den etatmäßigen Einnahmen zuschließen.

[Über den Stand der telegraphischen Leitungen] wird von der kaiserlichen Telegraphendirection gemeldet: Vollständig unterbrochen ist noch die Verbindung nach Pommern und Schweden via Altona, sowie nach Braunschweig, Emden und Bremen. Hannover kann über Kassel erreicht, diese Umleitung aber nur ausnahmsweise benutzt werden.

Danzig, 15. Novbr. [Marine.] Gestern ist der Dampfsaviso „Nautilus“ zur Probefahrt nach der Rhede von Neufahrwasser gegangen. Die Maschine ist aus der Fabrik von Möller u. Holberg und soll sehr gut arbeiten. — Der Weiterbau der Corvette „Thunselna“ ist sistiert worden, da das Project vorliegt, dieses Schiff in derselben Form und Dimension statt aus Holz von Eisen zu bauen. Die Panzer-Fregatte „Hannia“ wird in den nächsten Tagen behufs Bekleidung des Schiffskörpers unter der Wasserlinie, in das hiesige Klawitterische Dock verholt werden. An der Corvette „Freja“, welche fast in Spannen steht, wird rüstig gearbeitet und die Brigg „Musquito“ ist in Reparatur genommen. — Von der Stadt bis zur hiesigen kaiserlichen Werft werden gegenwärtig Wasserleitungsröhren gelegt, um die letztere mit Prangnauer Quellwasser zu versorgen. Seither wurde das Trinkwasser für die nach Tausenden zahlenden Werftarbeiter in Fässern angefahren und dies verursachte nicht unerhebliche Kosten. Die Einrichtung der Wasserversorgung nach der Werft soll etwa 7000 Thlr. kosten; sie wird den Arbeitern zur wahren Wohltat gereichen. (Westpr. 3.)

München, 16. November. [Die Dachauer Bank und die ultramontane Schmäupresse.] Die „Allg. Ztg.“ bemerkt bezüglich des Zusammenbruches der Dachauer Bank sehr richtig: „So sehr auch die bei dem herannahenden Winter doppelt fühlbare Bedrängnis der Tausende leichtgläubiger und unwissender Opfer zu bedauern sein mag, so wird doch die ganze für unsere Stadt so unruhliche Angelegenheit gewiß die eine gute Folge haben: daß sie uns hoffentlich von einem Theile der ultramontanen Schmäupresse befreit, deren Gebahren in diesen Tagen alles erlaubte Maß überschritten und nur durch den Muß der Verzweiflung erklärt werden kann: ihre Schuld wäre es gewiß nicht, wenn München die Schmach einer rumänischen Judenherrsche oder gar einer De gendorfer Ausmordung erspart bliebe. Die vor der Thürre stehenden Gemeinde-Ersatzwahlen werden der ultramontanen Partei beweisen, welche Einbuße an Ansichten und Macht ihr die Verbindung mit den würdigen Schülern Langrand-Dumont's gebracht hat; es ist nur zu bedauern, daß nicht alle-

meine Landtagswahlen dem Volke Gelegenheit geben, wenigstens die schamlosen Helfershelfer dieses kolossalen Schwindels aus der bayerischen Abgeordnetenkammer zu entfernen. Einer der Führer dieser Partei, dessen Namen wir wohl nicht zu nennen brauchen, hat sich bis zum letzten Augenblick dazu hergegeben in öffentlichen Blättern für die Spizeder'sche Bank einzutreten. Nachdem alle Behörden bis zum Ministerium hinauf vor derartigen Schwund-Instituten gewarnt hatten, drohte ein f. Avocat ihren Angreifern mit Injuriengesessen! Unserem hochgeachteten Anwaltstande kann man freilich an diesem schimpflichen Vorfall keine Schuld beimessen; er besteht nicht, wie dies in andern Ländern der Fall ist, die Bezugnahme derartige Mitglieder aus seinen Reihen auszustossen.“ Auch wir bedauern dies, um so mehr, da eine große Anzahl Anwälte und Juristen vom Volke, namentlich aber von den Agenten der Dachauer Banken als Helfer und Berater des Schwindels bezeichnet wird, und in München keine Behörde besteht, welche befugt und im Stande wäre, die Wahrheit festzustellen, und die große Masse nur zu leicht veranlaßt ist, das Verchulden Einzelner dem ganzen Stande zur Last zu legen.

[Verhaftung.] Heute Vormittag wurde der Rechtsconcluent F. J. Brückmeier, einer der juristischen Berater der Spizeder, in seiner Wohnung in Haft genommen und in die Frohnveste überstieft; die gleichzeitig vorgenommene Haussuchung soll sehr bedeutende Summen und sonstige Belastungsumstände ergeben haben. Als Anlaß zu dem Vorgehen gegen denselben wird der dringende Verdacht seiner Beihilfe zum Verbrechen des betrügerischen Banquieros, dessen die die Dachauerbaufinanziererin Pauline Dösch angeklagt ist, bezeichnet. Bekanntlich war es in letzterer Zeit öffentliches Geheimniß, daß u. Brückmeier zugleich mit anderen Juristen sowohl mit der Genannten als der Adele Spizeder in engen Beziehungen stand.

München, 14. Novbr. [Die Spizederei.] „Alles schon dagewesen“, meinte ein belannter alter Rabbi; die Spizeder aber war offenbar gekommen, um den Juden und Christen etwas Neues zu zeigen. Was von Resultaten der Untersuchungskommission in dem wunderbaren Haus an der Schönfeldstraße bisher verlautet, geht ins Fabelhafte, und die heranwachsende Generation der Novellisten und Romanbeschreiber sitzt bei uns im Stoff wie der Vogel im Hanfhamen. An Papieren und Baargeld wurden ungefähr 800,000 Thl. zusammengeklaut. Von einem Zimmer geht ein hölzerner Schlauch in den Keller, durch welchen die miraculose Dame den Mammon mühelos in die Tiefe verschwinden ließ. Ob sie aber über die Geister, welche manchmal im Finstern walten, immer die gehörige Macht gehabt, wird von ihr selbst bezeugt; wenigstens soll sie den Betrag des ihr Gestohlenen auf hellwürg eine Million torsten. Tausend Gulden wurden in einem Osenloch gefunden, wo sie ein braver Mann, der zuletzt auch an sich selbst dient, wohl zur weiten Verwendung deponirt hatte. Die Höhe der „Ueberschuldung“, oder besser gesagt „Betragssumme“, kann natürlich bei einer solchen Geschäftsgeschäft auch nicht annähernd bestimmt werden, doch fürchtet man, daß dieselbe hinter 10 Millionen kaum zurückbleiben dürfte. Die civilen und wohl auch die criminalistischen Folgen der Katastrophe sind nicht absehbar. Die infamen Subiecte (darunter allerdings ein und der andere „vielgeliebte Sohn“ und „wahrhaft mutige Wirklämper unserer heiligen Sache“), welche den Schwund seit Jahr und Tag angepriesen und vertheidigt und dadurch Tausende ins Unglück gelockt haben, werden sich wahrscheinlich mit ihrem schönen Bewußtein begnügen dürfen. Die „gemäßigten“ Organe des Ultramontanismus hüllen sich die ganze Zeit her in schweigsame Neutralität, was für die Spizederei jedenfalls von nicht zu unterschätzendem Nutzen war. Die würdige „Pfälzer Zeitung“ aber fand es noch vor wenigen Tagen auffallend, daß die Staatsregierung auf einmal solchen Eiser entwickelt. Sapienti sat! (A. A. 3.)

ÖSTERREICH.

Lemberg, 16. Nov. [Der Landtag] hat in seiner heutigen Sitzung den Antrag der Ruthenen wegen direkter Reichsrathswahlen in erster Lesung mit 101 gegen 19 Stimmen verworfen.

PROVINZIAL-BEITRÄG.

* * Breslau, 18. Novbr. [60-jähriges Jubiläum.] Wohl Wenigen ist es vergönnt, nach jahrelanger rastloser Tätigkeit einen so ebenvollen Abschnitt derselben zu erleben, wie es ein 60-jähriges Berufs-Jubiläum ist. Zu diesen zählt, auch in weiteren Kreisen bekannt, Herr Wilhelm Friedrich, welcher als Besitzer der Stadt- und Königlichen Universitäts-Buchdruckerei von Graß, Barth u. Comp. zu Breslau heute die so seltene Freude erlebt, sein 60-jähriges Buchdrucker-Jubiläum in bester Gesundheit und Rüstigkeit zu feiern. Am 13. Juni 1798 zu Berlin geboren, trat er am 18. November 1812 in die seit dem Jahre 1504 hier bestehende Buchdruckerei ein. Unter dem damaligen Chef der Offizin, dem so bedeutenden und angesehenen Johann August Barth und dessen nicht minder gebildetem und gewandten Nachfolger Carl Sigismund Böckmar war ihm Gelegenheit geboten, sich gediegene Geschäftskennisse zu erwerben, welche für ihn bei Neubernahme und zur weiteren Entwicklung des umfangreichen Instituts von größter Bedeutung waren. Durch Anknüpfung von Geschäftsverbindungen der mannigfachsten Art gelang es ihm bei umsichtiger Leitung verbunden mit größter Vorsicht, dem alten ehrwürdigen Geschäft seiner Vorfahren einen immer weiteren Aufschwung zu geben und dasselbe zur gegenwärtigen Blüthe emporzubringen. Möge es dem Jubilar beschieden sein, die Früchte seines rastlosen Schaffens bei steter Gesundheit zu genießen, und er noch lange seiner Familie und dem Geschäft erhalten!

+ Breslau, 16. Novbr. Der Vorstand des hiesigen altkatholischen Vereins hielt Freitag, den 15. cr. eine Sitzung. In derselben wurde für Dienstag, den 19. November eine neue öffentliche Versammlung beschlossen, zu welcher sämmtliche Katholiken der Stadt Breslau, welche für die große katholische Reformbewegung Sinn und Interesse haben, freundlich eingeladen werden. — Der hiesige Verein hat zwar langsam aber stetig mehr und mehr Mitglieder aufgenommen; er sieht sich der Hoffnung hin, daß die Zahl seiner Mitglieder in Zukunft noch bedeutend wachsen und hierdurch die Möglichkeit geschaffen werde, in einer Stadt wie Breslau eine lebensfähige und lebensträchtige altkatholische Gemeinde zu bilden. Der Verein glaubt vielfachen Wünschen nachzukommen, indem er für seine nächsten Dienstag stattfindende Versammlung Liebich's Vocal in der Gartenstraße gewählt hat. Die Versammlung beginnt wie gewöhnlich um 7½ Uhr; in derselben wird auch Herr Professor Dr. Reinhard, der in der oben berührten Vorstands-Sitzung schon interessante Mitteilungen machte, anwesend sein und ein Wort an die Versammlung richten.

x. Breslau, 18. Novbr. [Rectorats-Prüfung.] An der in den Tagen vom 13. bis 16. November c. in Steinau abgehaltenen Prüfung pro rectoratu nahmen auch vier Breslauer Hauptlehrer, die Herren Adam, Heinrich, Kirsch und Ottmann, sowie der Lehrer der evangelischen Mittelschule I. Herr Bojanowski Theil. Sie erwarben sich sämmtlich das Prädikat „gut bestanden“.

= [Besitzveränderungen in der Provinz] Städtisches Vorwerk Nr. 2 zu Alt-Striegau, Verkäufer Vorwerksbesitzer Heinrich Dahlst. Käufers Fabrikbesitzer Lommel zu Striegau. — Rittergut Rosenthal I. Antheil Kreis Greizburg, Verkäufer Rittergutsbesitzer Wedder auf Rosenthal, Käufers Fabrikbesitzer Seifert und Rosenthal in Schweidnitz.

** [Burjg.] Mit dem gestrigen Tage hat die Schonzeit für Nebenbüchern begonnen.

n. [Das Programm zur 21. Stangen'schen Orientreise,]

welche am 10. Februar 1873 angetreten wird, ist außerordentlich reichhaltig. Es sind darin alle wichtigen Orte des Orients aufgenommen, als: Alexandria, Cairo, Suez, Jerusalem, Jericho, Samaria, Nazareth, Tiberias, Damaskus, Baalbek, Smyrna, Aben, Konstantinopel u. c. Der Preis für die 80 Tage dauernde Reise beträgt 860 Thlr., also nur 10% Thlr. per Tag. Die Führung wird wiederum Herr Carl Stangen, der auf seinen 10 bereitstehenden Expeditionen den Orient gründlich kennen gelernt hat, persönlich übernehmen. Ausführliche Programme gibts Stangen's Reisebüro in Berlin und L. Stangen's Annoncebüro in Breslau aus.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

November 16. 17.	Nächtm. 2 U.	Abends 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	333"88	332"50	331"57
Luftwärme	+ 5°5	+ 5°6	+ 3°1
Dunstdruck	3"07	3"28	2"64
Dunstättigung	94 p.C.	100 p.C.	100 p.C.
Wind	0. 1	0. 2	0. 1
Weiter	trüb, Nebel.	bedeckt, Regen.	trüb, Nebel.
November 17. 18.	Nächtm. 2 U.	Abends 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	331"66	332"18	331"74
Luftwärme	+ 6°8	+ 2°4	+ 0°1
Dunstdruck	3"27	2"05	1"89
Dunstättigung	90 p.C.	88 p.C.	93 p.C.
Wind	0. 1	0. 1	0. 0
Weiter	wolfig.	heiter.	heiter, Reis.

Breslau, 18. Nov. [Wasserstand.] O.-P. 16 J. 6 B. U.-P. 2 J. 4 B. *

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Triest, 16. Nov. Der Dampfschiff „Mars“ ist heute früh mit der ostindisch-chinesischen Überlandpost aus Alexanderien hier eingetroffen.

Paris, 17. November Abends. Bezuglich der Interpellation Changarniers über die Agitationen Gambettas hat die vereinigte Linke den Beschluss gefaßt, die einfache Tagesordnung zu beantragen. Die Rechte und das rechte Centrum verlangen dagegen eine motivierte Tagesordnung, welche eine Missbilligung über die Reden Gambetta's in Grenoble ausspricht. Betreffs des Antrages Reddel erhält die Linke eine Adresse als Antwort auf die Botschaft des Präsidenten für unzulässig, und wird deshalb nur eine Tagesordnung beantragen, welche die Zustimmung zur Politik Thiels ausspricht. Die Rechte und das rechte Centrum sind ebenso wenig für die Adresse, scheinen jedoch über ihre einzunehmende Haltung gemeinsame Beschlüsse noch nicht gefaßt zu haben. Das rechte Centrum, welches in der sozialen Frage auf einem durchaus conservativen Standpunkt steht, will darum die Regierung nicht bekämpfen, sie würde die conservative Republik acceptiren, vorausgesetzt, daß Thiels für ihre Erhaltung Garantien giebt; die Rechte dagegen lehnt jede Transaction zwischen der Republik und Monarchie ab.

Versailles, 16. Novbr. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung brachte Claude, Deputirter für das Departement der Bogen, den Antrag ein, die freie Einführung von Baumwollengeweben aus Elsaß-Lothringen nach Frankreich vom 31. December 1872 ab auf 6 Monate zu verlängern. Die Dringlichkeit des Antrages wurde angenommen.

**Pensions-Verein
der Berg- und Hüttenwerks-Beamten im
Oberbergamts-Bezirke Breslau.**

Wegen ungenügender Zahl der Anmeldungen der Vereins-Mitglieder aus Oberschlesien zur Theilnahme an der General-Versammlung am 23. d. M. in Breslau kann der in Aussicht genommene Extrajug auf der Oberösterreichischen Eisenbahn nicht zu Stande kommen. [2071]

Tarnowitz, den 17. November 1872.

Grundmann.

[Vom Lobetheater.] Um den vielfach ausgesprochenen Wünschen vieler Besucher des Marktes entgegen zu kommen, wird bereits hent Abend eine Aufführung des beliebten Lustspiels

[7738]

Was Gott zusammenfügt
stattfinden. Die nicht vorherzusehende Abreise des Krl. Fröhlich veranlaßt eine Repertoireänderung, der zufolge „Was Gott zusammenfügt“ nur einmal in dieser Woche aufgeführt werden kann und die Aufführung von Fleurette auf Donnerstag verschoben werden muß. Krl. Röder wird überhaupt nur noch dreimal auftreten.

La Coronada, eine Havanna-Cigarre,
exquisit im Brände, vorzüglich im Aroma, wiederum ein bedeutender Gelegenheitslauf, empfehle ich jedem Kenner zum Preise von [6878]
15 Thlr. pr. St. bei Entnahme von mindestens 500 St.
Gustav Pinoss, Cigarren-Importeur, Schmiedebrücke 67.

Zum Breslauer Markt.
Schmiedeberger Leinen, Taschentücher, Handtücher, Tischtücher, Servietten und Wischtücher von bestem Garn und unschädlicher Rasenbleiche

offerirt die Fabrik leinener Waaren von

[6834]

E. Diebitsch in Schmiedeberg.
In der alten Börse, Blücherplatz, nur bis Donnerstag, den 21. Novr.

Am 16. November Nachmittags 4 Uhr verschied nach langwierigem Unterleibsleiden der praktische Arzt Herr Dr. med. Robert Jaenisch hier selbst.

Die Mitglieder des Vereins von Aerzten Niederschlesiens und der Lausitz betrauen in dem Dahingeschiedenen ihren langjährigen Vorsitzenden, welcher den Vereins-Intressen stets die regste Theilnahme gewidmet hat und einen Collegen, dem das ehrendste Andenken für alle Zeiten gesichert ist bei uns Allen, die wir Gelegenheit gehabt haben, die hohe Begabung des Verstorbenen seine treue collegialische Anhänglichkeit und sein ganzes Wirken überhaupt kennen zu lernen. [7739]

Das Begräbniss findet Dienstag, den 19. d. Mts. Nachmittags 2 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Liegnitz, den 17. November 1872.
Im Namen des Vereins der Aerzte Niederschlesiens und der Lausitz.
Dr. Pfrenger.

Heute Nachmittag 4 Uhr starb sanft nach mehrwöchentlicher Krankheit unser theuerer Gatte, Vater, Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der praktische Arzt Dr. Robert Jaenisch in Liegnitz im Alter von 47 Jahren.

Um stille Theilnahme bittend zeigen wir dies tiefgebeugt statt besonderer Meldung hiermit ergebenst an. [2072]

Liegnitz, Jauer, Coburg, Neurode, Johnniburg, den 16. November 1872.

Die Hinterbliebenen.

Nach längerem Leiden entschließt am 16. d. Abends 11 Uhr, meine innigst geliebte Frau Pauline, geb. Kestler, im 36. Lebensjahr.

Mit mir beweinen sieben unmißliche Kinder, Eltern und Geschwister diesen so herben Verlust. [5185]

Die Beerdigung findet heute Nachmittag 2 Uhr vom Trauerhause Weidenstr. Nr. 29 aus statt.

Breslau, den 18. November 1872.
M. Herrmann.

Stadt-Theater.

Montag, den 18. November. „Die Aeltern.“ Große Oper mit Tanz in 5 Akten von Scribe Deutsch von J. Gumbert. Musik von G. Meyerbeer. (Selica, Frau Robinson; Jules, Krl. Meißner; Basco de Gama, Krl. Koloman Schmidt; Relusco, Krl. Robinson; Groß-Inquisitor, Herr Brandstötter.)

Dienstag, den 19. November. „Die jährlichen Verwandten.“ Lustspiel in 3 Akten von K. Benedix. Hierauf: Tanz-Divertissement.

Lobe-Theater.

Montag, den 18. November. „Was Gott zusammenfügt“, das soll der Mensch nicht scheiden. [7737]

Physiologischer Verein.

Montag, den 18. November, Abends 8½ Uhr Vereinsabend bei Labuske.

Thema: Ueber den Ort der Kohlensäurebildung. [6999]

Breslau [6732]

Aktion-Bier-Brauerei.

**Heute Montag
Großes Extra-Concert**

von der verstärkten Kavalle des Herrn F. Langer.

Anfang 7 Uhr.

Entree für Herren à 2½, Damen à 1 Sgr., Kinder à ½ Sgr.

Special-Arzt Dr. Meyer
in Berlin heilt kriegerisch Syphilis, Geschlechts- und Hautkrankheiten selbst in den hartnäckigsten Fällen gründlich und schnell. Leipzigerstrasse 91. [1768]

**Simmenauer
Bierhaus
Bockbier-
Ausschank.**

Nr. 1.

Gummi-Negrucke für Herren u. Knaben von 6 resp. 5 Thlr. an bis 10 Thlr. Gummischnüre von 20 Sgr. an bis 1½ Thlr. anerl. bestes Fabrikat und gute feste Form empfiehlt Ad. Zepler, Breslau, Nr. 1 Schmiedebrücke Nr. 1.

Nr. 1.



Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.

Die Lieferung der für die diesseitigen Werkstätten pro 1873 erforderlichen Materialien und zwar:

div. Metalle, Schmiedeisen, Eisenbleche, Feder- und Werkzeugstahl, div. Eisenhügel, Nägel, Schrauben, Niete, eiserne Muttern, Splinte, diverse Geräthe, Farbwaren und Drogen, Seile und Gummiaaren, sowie die verschiedenen Nussholzer

soll im Wege der Submission vergeben werden.

Die Lieferungs-Bedingungen nebst Bedarfs-Nachweisung können gegen portofreie Einsendung von 10 Sgr. Copialien von dem Unterzeichneten bezogen werden und sind außerdem an den Wochentagen in den Dienststunden von 8—12 Uhr Morgens mit den Lieferungssproben in dem neuen Werkstätten-Magazin auf biesigem Bahnhofe zur Einsicht ausgelegt.

Offeraten sind unter Benutzung der Bedarfs-Nachweisungen versiegelt und mit der Aufschrift:

„Offerte auf Lieferung von Werkstatts-Materialien pro 1873“ bis zu dem auf Sonnabend, den 30. November er. Vormittags 10 Uhr,

im Submissions-Zimmer des Verwaltungs-Gebäudes anberaumten Submissions-Termine eingtreichen, wo dieselben in Gegenwart der etwa erschienenen Submittenten eröffnet werden.

Breslau, den 14. November 1872. [6879]

Der Ober-Maschinen-Meister

T. Blauel.

Unterricht im höhern Pianospiel bis zur Heranbildung zur Virtuosität

ertheile ich Anfängern binnen 2 Jahren wie auch schon Unterrichteten, welche voraussetzlich durch schon genügende Vorbildung ihre Spielart in allen Nuancen noch vervollkommenen wollen. Der Unterricht geschieht nach einer mir eigenen fasslichen Methode und ist ein systematisch progressiver, wobei den Eleven nur Regeln an die Hand gegeben werden. Meldungen täglich ausser Sonntag, Nachmittag von 2—4, Friedrichstrasse 40, 1 Tr. links. Joseph Rochlitz, (Elève de J. N. Hummel).

Haus- und Geschäfts-Werkauß.

In einer größeren, an der Bahn gelegenen, Provinzial- und Garnisonstadt Niederschlesiens mit Gymnasium, ist ein seit 40 Jahren bestehendes

Eisengeschäft,

welches sich einer gediegenen und ausgebretterten Kundshaft erfreut, mit in bestem Bauzustande sich befindlichen Grundstücken bald zu verkaufen. Besitzerannten, welche über ein disponibles Vermögen von 15—20.000 Thlr. verfügen, wollen ihre Adressen unter Chiffre 0. D. 919. in der Annonen-Expedition von Haasestein & Vogler in Breslau, Ring 29, niederlegen.

Zu Ausstattungen

empfehle ich mein wohl assortirtes Lager der modernsten und gediegensten Polster-

Möbel einer geneigten Beachtung. [5174]

**H. Zimmerman, Tapezierer,
Weidenstraße 31.**

Kräuterfäste

aus dem Saft frischer Pflanzen hergestellt und zwar:

Blutreinigender Kräutersaft:

bei Drüs'en, Scropheln, Hautausschlägen, Flechten, Bleichsucht, und bei allen durch verdorbenes Blut entstandenen Krankheiten, pr. Glas 14 Sgr.

Kräutersaft für Gicht u. Hämorrhoidalleiden
bei acuter Gicht, Hämorrhoiden, Kreuzschmerz, aufgetriebenem Knochen, Migraine, Podagra, pr. Glas 14 Sgr. und 28 Sgr.

Brust- u. Lungen-Kräutersaft

bei Husten, Heiserkeit, Brustbeschleimung, Brustbeschwerden, Schmerzen, Brustkrampf, tatarhalischen Affectionen der Schling- und Atmungsorgane, pr. Glas 7 Sgr.

Kräuter-Brustbonbons

für dieselben Zustände wie bei vorhergehendem pr. Paquet, 2½ Sgr.

Kräuterhaarbalsam,

das beste Stärkungsmittel für den Haarboden, vertreibt die Haarmilbe und befördert den Haarwuchs, pr. Glas 21 Sgr. [6027]

Sigmund Landgrebe, Apotheker und Chemiker in Erding,

(Bayern).

Niederlage bei Herrn Härtter & Franzke in Breslau.

Für mein Band-, Weißwaaren- und Leinen-Geschäft suche ich zum Antritt per 1. Januar 1873 einen mit der Braucht vertrauten tüchtigen Verkäufer bei hohem Salair.

Gleiwig.

H. Langer.

Zum Breslauer Markt.
Schmiedeberger Leinen, Taschentücher, Handtücher, Tischtücher, Servietten und Wischtücher von bestem Garn und unschädlicher Rasenbleiche

offerirt die Fabrik leinener Waaren von

[6834]

E. Diebitsch in Schmiedeberg.
In der alten Börse, Blücherplatz, nur bis Donnerstag, den 21. Novr.

Dr. Straehler,

Brunnenarzt

zu Salzbrunn in Schlesien,

während des Winters in:

San Remo,

Riviera di ponente.

Wohnung Villa ponente.

Der Eingang zu dem Speise-Salon des höchsten Stadt-Theaters, befindet sich als als dem Gouvernement-Gebäude. Table d'hôte um 1½ Uhr. [5051]

J. Paschke.

3000—4000 Thlr.

werden auf ein biesiges Grundstück per 1. Januar 1873 gesucht. Gefällige Offeraten unter unter M. S. 37 in den Briefkasten der Breslauer Zeitung.

[6888]

General-Agent E. Villert.

Deutsche Hypotheken-Bank zu Meiningen.
Obige Bank — die älteste Deutschlands — gewährt erststellige unlösbar Amortisations-Darlehen voll und baar schon von 100 Thaler an auf städtischen und ländlichen Grundbesitz. Die Bank hat die höchste Beliebungsgrenze. Bedingungen fest. Darlehns-Anträge nimmt der unterzeichnete Provinzial-Vertreter entgegen. Breslau. [6324]

General-Agent E. Villert.

Bon Rapé de France und de Paris Nr. 2
empfange ich fortwährend frische Zusendungen und empfehle den so vortrefflichen und be- liebtesten Tabak das Pfund Rapé de France à 15 Sgr. und de Paris Nr. 2 à 10 Sgr. Wiederverkäufer erhalten Rabatt. [5171]

H. R. Leyfer's Nachfolger,

Schmiedebrücke Nr. 64/65, 1. Viertel vom Ning.

**Cocumatten (Stubenläufer und Vorleger),
Fenglerath und Regenschirmständer,
Kohlenkasten und Kohlenlöffel**
empfehlen in reicher Auswahl und zu billigen Preisen [6734]

Sckeyde & Stein,

R. Jorde's Nachfolger,
Eisenwaren- u. Werkzeughandlung,
Albrechtsstraße Nr. 39, vis-à-vis der königlichen Bank.

Lahmheiten der Pferde und anderer Haustiere heilt rasch mein weiterhinnes

Restitutions-Fluid.
Zu haben nur b. m. selbst od. C. Z. Schwerdtmann Hoflieferant, Berlin, Leipzigerstraße 35. Preis: 1/4 Kiste (12 Flaschen) 6 Thlr. 1/4 Ajeto (6 Flaschen) 3 Thlr. Thierarzt, Erfinder und Gründer d. Fluid. Carl Simon, Heilmethode. Lina. Reg. P. 1000.

Schoppinitz-Rosdzin.
Reich's Hôtel,

in der Nähe der Bahnhöfe der Nechte-Öster- und der Oberschlesischen Eisenbahn empfiehlt seine elegant eingerichteten Fremdenzimmer und Restaurationslocalitäten. [1971]

Bekanntmachung. [2050]

Bei dem unterzeichneten Artillerie-Depot sollen die vorkommenden Transport- und Spannleistungen für das Jahr 1873 im Wege der öffentlichen Submission an den Mindestfordernden vergeben werden.

Unternehmungslustige werden hierdurch eingeladen, ihre öffentlichen und versiegelten Offeraten unter der Adresse des Artillerie-Depots und äußerlich mit der Bezeichnung:

„Submission auf Transport- und Gesamtleistungen“